

<http://www.derwesten.de/staedte/siegen/Votum-im-Stadtrat-gegen-RWE-Atomkraft-id4513253.html>

Energie

Votum im Stadtrat gegen RWE-Atomkraft

Siegen, 06.04.2011, Florian Adam



Der Siegener Stadtrat schließt sich mit knappem Votum den protestierenden Atomkraftgegner an. Foto: Imago

Siegen. Die Stadt Siegen soll sich bei der RWE-Hauptversammlung am 20. April „für einen schnellst möglichen Ausstieg des RWE aus der Atomkraft einsetzen“. Diesen Auftrag gab der Rat dem Siegener Vertreter mit, der für die Stadt an der Aktionärsrunde in Essen teilnehmen wird. Aller Voraussicht nach wird das Bürgermeister Steffen Mues sein.

Der gemeinsame Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linke ging knapp durch: 31 Stimmen dafür, 30 dagegen, sechs Enthaltungen. Die Diskussion war lang – und stand unter Strom. Die Linke hatte einen weiteren Antrag zum Thema vorgelegt, der mit je 30 Pro- und Kontrastimmen bei sieben Enthaltungen knapp scheiterte. Die Fraktion hatte vorgeschlagen, sich der Forderung des „Dachverbands der Kritischen Aktionäre“ anzuschließen, und in Essen den Vorstand nicht zu entlasten. „Das ist der einzige Weg, dem Vorstand die Rote Karte zu zeigen“, begründete Peter Schulte (Linke).

„Rote Karte“ für Festhalten an AKWs

Sehen sollte der Vorstand die Rote Karte nach dem Willen der Antragsteller vor allem für sein Festhalten an Atomkraftwerken und seine Klage gegen das Moratorium der Bundesregierung, das eine vorübergehende Vom-Netz-Nahme einiger Anlagen bedeutet.

INFO

Einfluss nutzen

Die Stadt Siegen hat einen Anteil von 0,075 Prozent am RWE-Aktienbestand. „Wir haben nur kleine Einflussmöglichkeiten – aber die sollten wir nutzen“, findet Michael Groß (Grüne). In Frage kämen Wortbeiträge in Essen oder ein **offener Brief** der Stadt an den Konzern.

Joachim Boller von den Grünen hatte in diesem Geiste eingangs den RWE-Chef Jürgen Großmann zitiert, der die deutschen Atomkraftwerke als „absolut sicher“ bezeichnet habe. „Dieser Satz ist an Zynismus nicht zu übertreffen“, schimpfte Boller. Die Ereignisse von Fukushima hätten bewiesen, dass es „absolut sichere“ AKWs nicht gebe. Peter Mörbitz (SPD) äußerte die Hoffnung, dass „die Aktionäre vielleicht vernünftiger sind als der Vorstand und Gewinne nicht um jeden Preis wollen“.

Der Atomausstieg müsse kommen, betonte auch die CDU-Fraktionsvorsitzende Ute Höpfner-Diezemann, aber „wir sitzen hier in einem kommunalen Parlament.“ Sie

argumentierte für einen „Ausstieg mit Augenmaß“, schließlich sei Deutschland ein Industrieland mit hohem Energiebedarf. Solange der sich nicht allein mit regenerativen Energien decken ließe, müssten die AKWs am Netz bleiben. Höpfner-Diezemann: „Das können wir nicht auf unserer Ebene entscheiden, es muss ein europäischer Konsens her.“

FDP fordert ökologischen Umbau vor Ort

So sah das auch Hans-Günter Bertelmann von der UWG: „Für uns ist das kein kommunalpolitisches Thema“, darum werde seine Fraktion sich enthalten. Klaus Volker Walter von der FDP sah das ähnlich: „Wie sind in Europa nicht allein. Wir wissen alle, wo wir stehen, wenn in Frankreich, Belgien oder den Niederlanden etwas in einem Kraftwerk passiert.“ Stattdessen solle die Stadt „Möglichkeiten vor Ort prüfen“.

Die Liberalen hatten einen Änderungsantrag zu demjenigen von SPD, Grünen und Linken eingebracht: Die Verwaltung solle mit der Anfertigung eines Sachstandsberichts zum Thema „Regenerative Energien“ beauftragt werden: Möglichkeiten zur verstärkten Nutzung in städtischen Gebäuden, Chancen für kleinere Windkraftanlagen im Stadtgebiet, „ökologischer Umbau vor Ort“. Diesem Antrag stimmte der Rat bei drei Enthaltungen zu.